

Grundsatzklärung zur konstituierenden Sitzung des Ansbacher Stadtrats

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,

eingangs auch von meiner Seite herzliche Glückwünsche an die soeben vereidigten neuen Kolleginnen und Kollegen. Die knappe Hälfte unserer Stadtgesellschaft, die noch zur Wahl gegangen ist, hat dem Stadtrat zu einem Drittel neue Gesichter gegeben, ohne ihn weiblicher zu machen oder ihn im Vergleich zu 2008 zu verjüngen.

Am 16. März haben die Wähler jedoch deutliche Signale gesetzt: Die beiden ehemals großen Volksparteien besitzen erstmals keine gemeinsame Mehrheit mehr. Obwohl die SPD in Ansbach sowohl das schlechteste OB- als auch Stadtratsergebnis aller kreisfreien Städte Bayerns eingefahren hat, haben die drei ökologischen und die zwei sozialen Parteien eine satte Mehrheit, die so klar ist, wie in keiner Stadt vergleichbarer Größe im Freistaat. Die Offene Linke ist dafür angetreten, diese Mehrheiten in konkrete Politik für soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und eine zivile Zukunft unserer Stadt zu gießen. Wir arbeiten für eine sozial-ökologische Gestaltungsmehrheit, die in der Lage ist, gemeinsame Ziele zu formulieren, zu priorisieren und konsequent umzusetzen.

Der heutige Tag könnte daher ein Neubeginn für Ansbach sein. Ein Neubeginn, der politische Fehler der Vergangenheit, angefangen bei der verheerenden Privatisierungspolitik bis hin zur Intransparenz und Nichtbeteiligung der Bürgerschaft bei zentralen Entscheidungen, -ohne Schuldzuweisungen an seinerzeit Handelnde- benennt und im Sinne der Menschen in unserer Stadt beginnt, zu korrigieren.

Ich würde heute Abend gerne sagen können: Wir wollen ab sofort gemeinsam nicht alles anders, aber sehr, sehr vieles besser machen.

Die Offene Linke wird ihre von den Wählern deutlich gestärkte inhaltliche Arbeit für Ansbach fortsetzen. Abschreiben aus unserem Wahlprogramm ist natürlich auch weiterhin erlaubt; wir freuen uns allerdings auch über Ihre eigenen Ansätze und Ideen – das selbstverständlich unabhängig von Person oder Parteibuch.

Und wir stehen in den kommenden Jahren vor zahlreichen Herausforderungen:

Wir stehen in der Pflicht, Teilhabe allen Menschen in unserer Stadt zu ermöglichen und sozialen Ausgleich aktiv herbeizuführen. Städtische Leistungen bei Energie, Mobilität und Gesundheitsversorgung sind elementar für die Bevölkerung. Sie müssen wieder attraktiv und bezahlbar für alle werden sowie demokratisch und öffentlich kontrolliert werden.

Die Privatisierung gesellschaftlichen Eigentums kann rückgängig gemacht werden. Im Interesse der Geldbeutel der Bürger, des Stadtsäckels Ansbachs und den Gestaltungsmöglichkeiten dieses Kollegiums für nachhaltige kommunale Energiepolitik.

Dafür braucht die Ansbacher SPD einen gedanklichen Neubeginn. Möglicherweise können Ihre Genossinnen und Genossen aus vielen anderen Städten, in denen die Sozialdemokratie gerade eben die Rekommunalisierung vorantreibt, zum Genesungsprozess von der neoliberalen Irrlehre beitragen.

Wir stehen vor der Aufgabe, die vielfältigen Chancen für Ansbach zu nutzen: Das Potenzial der Hochschulstudenten liegt in vielen Bereichen brach. Die von der Offenen Linken initiierte Erstwohnsitzkampagne sollte ausgebaut werden. Wir wollen Absolventen zudem auch nach dem Studium in Ansbach halten. Wirtschaftsförderung greift hierbei zu kurz:

Ansbach braucht eine aktive und soziale Wohnungsbauförderung. Die Verscherbelung der städtischen Wohnungen war ein Fehler. Das war so gewesen. Lassen Sie uns gemeinsam ab sofort Konzepte für bezahlbaren Wohnraum in Ansbach entwickeln.

Ansbach ist reich an ehrenamtlich Schaffenden: In der Kultur, im Sport oder im sozialen Bereich. Lassen Sie uns nicht immer weitere öffentliche Aufgaben auf sie abwälzen, sondern sie stärker und unbürokratischer in ihren Projekten unterstützen. Geben wir den Menschen in unserer Stadt Freiräume, sich aktiv einzubringen. Das gilt gerade für die Jugend, aber auch in Bezug auf die Entwicklung der Innenstadt:

Nicht der Stadtrat braucht neue Säle, sondern die Bevölkerung soziale und kulturelle Treffpunkte im Herzen unserer Stadt, die nicht in erster Linie dem Konsumgedanken dienen. Lassen Sie uns das Rathausareal gemeinsam in diese Richtung entwickeln und möglicherweise auch mit dem genossenschaftlichen Gedanken eine Lebensmittelversorgung der Altstadt in diesem Komplex sicherstellen.

Ansbach ist arm an Ruhe und Gesundheitsschutz, gerade wenn man in die östlichen Stadtteile blickt. Die Militärbasen sind ein Hemmschuh für eine positive Stadtentwicklung. Im Wahlkampf ist deutlich geworden, dass die US-Armeerpräsenz für fast alle Mitkonkurrenten nicht mehr als gottgegeben gilt. Lassen Sie uns gemeinsam nicht nur die politischen Bemühungen für den Schutz unserer Bürger vor Fluglärm und Abgasen der Kriegsübungen verstärken, sondern mit klarer Kante den juristischen Klageweg gegen die Bundesregierung beschreiten.

Lassen Sie uns parallel dazu ein Konzept für die zivile Umnutzung der Liegenschaften entwickeln, damit Ansbach dem Abzug genauso optimistisch entgegen sehen kann wie derzeit Bamberg und Schweinfurt. Dafür werden wir weiterhin hartnäckig arbeiten, nicht zuletzt auch deswegen, weil von Ansbach aus künftig Frieden anstatt Krieg ausgehen soll.

Und lassen Sie uns -das gilt gerade für diejenigen die „Familie“ plakatiert haben- Ansbach zu einer echten Bildungshauptstadt machen. Wir stehen für die Gebührenfreiheit von Kindesbeinen an: In der KiTa, im Kindergarten und auch in der Musikschule.

Sicherlich, unsere Initiativen kosten Geld. Wie bisher werden wir unsere Vorschläge stets seriös gegenfinanzieren. Ich appelliere aber an dieser Stelle auch an Ihre haushalterische Vernunft: Die Kameralistik kennt neben der Ausgaben- auch eine Einnahmeseite. Dies gilt insbesondere mit Blick auf das Klinikum. Wir stehen für eine gute Gesundheitsversorgung und für gute Arbeitsplätze am Strüther Berg.

Mit Personalabbau und Privatisierung lösen wir nicht das Dilemma der deutschen Gesundheitspolitik. Gleichzeitig darf der voraussichtlich steigende Trägeranteil nicht zum Totschlagargument bei Investitionen in Bildung, Kultur, Verkehr oder Soziales werden. Ergo sind wir in der Pflicht, die städtischen Leistungen der kommenden Jahre dergestalt finanziell abzusichern, dass starke Schultern mehr tragen als schwache.

Die Mär von der angeblich niedrigen Pro-Kopf-Verschuldung in Ansbach ist ohnehin eine Milchmädchenrechnung. Infolge der Privatisierungen sind die maßgeblichen öffentlichen Defizite in Schattenhaushalte ausgelagert worden, natürlich bar jeglicher Transparenz. Daher sage ich es an

dieser Stelle für die neuen Kolleginnen und Kollegen noch einmal: Auf jeden Bürger der Stadt kommen nicht 500 Euro, sondern mit AVVH, Stadtwerke, ABuV, Awean und Klinikum rund 2.000 Euro Schulden.

Die Auslagerung von grundlegenden öffentlichen Leistungen und die Entscheidungen in Hinterzimmern sind nicht zuletzt ein Grund für die niedrige Wahlbeteiligung. Viele Bürger fragen sich zurecht: Was entscheidet denn der Stadtrat eigentlich noch? Ein paar schockierte Worte ob der 49,1 % sind hier zu wenig. Wir können, wir müssen Fehler der Vergangenheit korrigieren. Ein „Weiter so“ kann in unseren Augen nicht die Antwort sein.

Zahlreiche Kommunen arbeiten zudem Bürgerbeteiligungsmodelle aus. Wir müssen das Rad nicht neu erfinden, aber wir sollten handeln, wenn wir es ernst mit der demokratischen Mitbestimmung der Menschen nehmen. Über einen ersten Ansatz können Sie noch heute im Verlauf der Sitzung entscheiden.

Zunächst geben Sie mit der Wahl der weiteren Bürgermeister sowie Stellvertreter der Oberbürgermeisterin eine Antwort auf die Frage, ob es heute einen Neubeginn für Ansbach geben kann.

Die Gespräche in den Wochen nach der Wahl waren leider weniger von konkreten Zielen für die Zukunft Ansbachs geprägt, als von Koalitionskonstellationen für die Postenverteilung. Die Überlegungen, die hierbei mancher anstellte, waren für mich persönlich oft nachvollziehbar, selten jedoch von Mut geprägt. Wer sich personell und inhaltlich einer Führungsrolle innerhalb einer sozial-ökologischen Gestaltungsmehrheit nicht gewachsen fühlt, der muss nicht zwangsläufig als Juniorpartner -oder besser gesagt- als Bettvorleger der Konservativen enden.

Daher möchte ich mich an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratie wenden: Sie entscheiden heute darüber mit, ob der Stadtrat dem Wählerwillen erstmals seit 20 Jahren folgt und eine Stadtspitze jenseits der CSU zustande bringt.

Zurecht hat Ihr Vorsitzender gebetsmühlenartig sechs Jahre lang die Zusammenarbeit der BAP mit den Konservativen gegeißelt. Nun schlüpfen Sie in genau die gleiche Rolle. Wagen Sie stattdessen bereits heute den Neubeginn.

Unabhängig von den heutigen Urnengängen stehen wir als verlässlicher und konsequenter Partner für die sozial-ökologische Zukunftsgestaltung unserer Stadt bereit. Es gibt viel zu tun. Packen´s wir gemeinsam an!

*Ansbach, 06.05.14
Boris-André Meyer
Fraktionsvorsitzender*